



Start in die falsche Richtung: Gesetz zur Wachstumsförderung läuft ins Leere

Die neue Bundesregierung schreitet zur Tat: die ersten Regelungen des sehr vage bleibenden Koalitionsvertrages werden umgesetzt. Das „Gesetz zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums“ ist allerdings ein Start in die falsche Richtung. Wachstum wird damit nicht generiert, von den Steuersenkungen profitieren vor allem hohe Einkommen und Unternehmen, und die Löcher in den öffentlichen Haushalten werden immer größer. Auch der Sachverständigenrat kritisiert die Bundesregierung, vermisst allerdings vor allem harte Sparbeschlüsse. In der Konjunktureinschätzung ist er etwas optimistischer als die Forschungsinstitute, gibt aber auch keine Entwarnung.

Koalitionsvertrag: viel Markt und viele Prüfaufträge

Die Koalition hat ihr gemeinsames Programm beschlossen. Wie bereits aus den Wahlprogrammen von CDU, CSU und FDP bekannt, kommt Wirtschaftspolitik im eigentlichen Sinne nicht vor. Zentraler Gedanke ist stattdessen: Der Staat schafft den Rahmen durch **Steuersenkung** und der **Markt wird es regeln**. Hoffnungen auf zusätzliches Wachstum werden sich so nicht erfüllen. Steuersenkungen haben nur einen schwachen Konjunkturimpuls, da sie zu einem großen Teil in einer höheren Sparquote versickern.

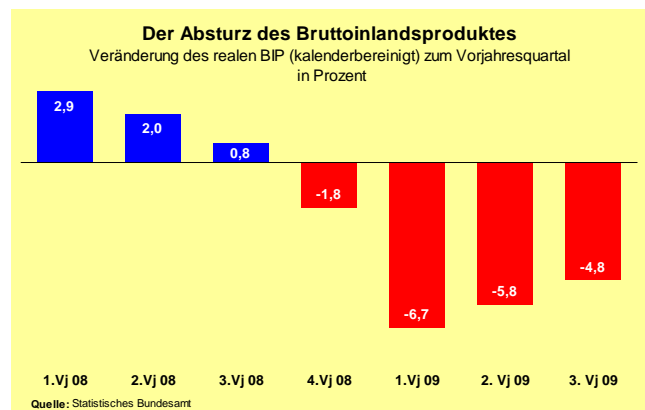
Wie das Steuersystem ab 2011 aussehen soll, lässt der Koalitionsvertrag im Detail offen. Der **Einstieg in ein Stufenmodell** soll geprüft werden. Dies würde zwar den Mittelstandsbauch beseitigen – eine Forderung der IG Metall – aber für hohe Einkommen noch größere Entlastungen bringen. **Die Profiteure der Krise würden mit Steuersenkungen belohnt**, die immer ungleichere Verteilung der Einkommen befördert. In einer Beispielrechnung belegt das Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA): bei einem Einkommen von etwa 1.600 Euro im Monat würde die Steuerschuld um etwas über acht Prozent schrumpfen, bei einem Einkommen von 3.200 Euro schon um fast 17 Prozent.

Zudem werden die zu erwartenden **Steuerausfälle** schön gerechnet. Das Stufenmodell der FDP sieht Einbußen von 35 Mrd. Euro vor, verschiedene Forschungsinstitute (IMK, RWI) erwarten etwa die doppelten Steuerausfälle.

Auch die Abschaffung der **Gewerbsteuer** soll geprüft werden. Damit würde das finanzielle Fundament der Kommunen zerstört. Ein verstärkter Zugriff auf die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer sind dafür kein Ersatz, da es sich hierbei weitgehend um Gewinnsteuern handelt. Jede Krise würde so zu einem noch größeren finanziellen Desaster für die Kommunen.

Radikale Kürzungen werden im Koalitionsvertrag nur angedeutet. Weitere Privatisierungen öffentlicher Unternehmen und Leistungen werden gefordert. Bei welchen Positionen und in welchem Umfang gestrichen und privatisiert wird, bleibt offen.

Damit ist auch offen, wer die Zeche zu bezahlen hat. Der Koalitionsvertrag ist ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft. Klar ist nur die Richtung, die auf weniger Staat zielt. Dabei hat gerade die aktuelle Krise gezeigt, wie wichtig ein leistungs- und handlungsfähiger Staat ist.



Sofortprogramm zur Wachstumsförderung

Die neuen Daten zum **Wirtschaftswachstum im dritten Quartal** zeigen mit einem **Rückgang von fast fünf Prozent** zwar eine leichte Stabilisierung zu den ersten beiden Quartalen, aber noch längst keine wirtschaftliche Belebung.

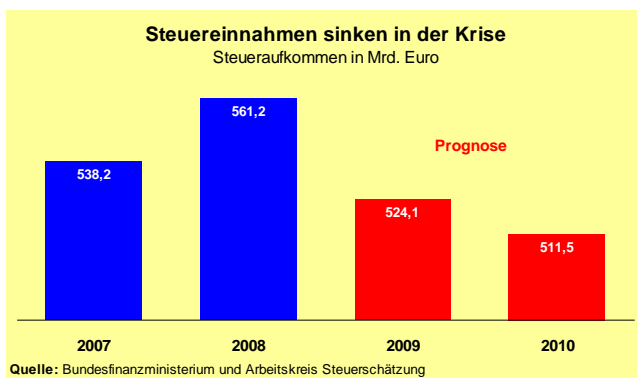
Für ein Gesetz zur Wachstumsförderung oder ein drittes Konjunkturprogramm gibt es also dringenden Handlungsbedarf. Was die Bundesregierung jetzt unter diesem Namen beschlossen hat, erfüllt diesen Zweck allerdings nicht.

Neben den bereits von der alten Regierung beschlossenen Steuersenkungen – beim Einkommensteuertarif (zweite Stufe aus dem Konjunkturprogramm II) und bei der Absetzbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen (vom Verfassungsgericht verlangt) – sollen ab 1. Januar 2010 weitere Steuererleichterungen folgen:

- **Kindergeld/Kinderfreibetrag:** Das Kindergeld wird für jedes Kind um 20 Euro erhöht, der Steuerfreibetrag steigt von 6.024 auf 7.008 Euro. Von der Maßnahme profitieren Familien, doch reiche Familien sind dem Staat mehr wert. **Kosten 4,6 Mrd. Euro**
- **Unternehmensbesteuerung:** Ausgeweiteter Verlustabzug, Einschränkung der Zinsschranke, Erleichterung Grunderwerbsteuer, Senkung Gewerbesteuer. Die Steuergestaltungsmöglichkeiten für Unternehmen werden deutlich ausgeweitet, die Bemessungsgrundlage wird kleiner. **Kosten 1,9 Mrd. Euro**
- **Erbschafts- und Schenkungssteuer:** Steuersenkungen für Unternehmenserben und für Geschwister. **Kosten 0,42 Mrd. Euro**
- **Umsatzsteuer:** Verminderter Steuersatz für Beherbergungsleistungen **Kosten 0,95 Mrd. Euro**

Steuerschätzer bestätigen schlimme Befürchtungen

Die Anfang November vorgestellte Steuerschätzung hat es bestätigt: Im nächsten Jahr stehen dem Staat **etwa 50 Milliarden Euro weniger zur Verfügung** als noch 2008. Gegenüber der Steuerschätzung vom Mai sind das für dieses Jahr drei Milliarden Euro weniger, für nächstes Jahr etwa eine Milliarde mehr. Die verringerten Einnahmen treffen Bund, Länder und Gemeinden.



Damit wächst der Konsolidierungsdruck für die öffentlichen Haushalte. Für weitere Steuersenkungen gibt es keinen Raum. Vor allem die neu in das Grundgesetz aufgenommene Schuldenbremse zwingt den Staat zu einem radikalen Schuldenabbau.

Kritik auch vom Sachverständigenrat

Die Politik der neuen Bundesregierung wird auch in dem am Freitag vorgestellten Gutachten des Sachverständigenrates (SVR) kritisiert. Die fünf Weisen widersprechen vehement der Auffassung der Regierung,

Steuersenkungen würden sich über zusätzliches Wachstum selbst finanzieren. „Daher lässt die Einhaltung der Grundrechenarten keine andere Wahl: Zur vollständigen Gegenfinanzierung einer Steuersenkung müssen entweder Ausgaben gekürzt oder an anderer Stelle Steuern oder andere Abgaben erhöht werden.“ (SVR, Ziff. 282)

Richtigerweise weist der Sachverständigenrat darauf hin, dass ein schneller Weg aus der Krise die Steuereinnahmen wieder kräftiger sprudeln ließe. Doch selbst die gegenüber den letzten Prognosen etwas optimistischere Annahme der fünf Weisen, die für 2010 eine **Zunahme der Wirtschaftsleistung von 1,6 Prozent** erwarten, reicht nicht für einen nennenswerten Konsolidierungsbeitrag. Angesichts eines für nächstes Jahr prognostizierten **Defizits von 124,9 Milliarden Euro** – ohne die jetzt beschlossenen weiteren Steuersenkungen – wäre dazu ein viel höheres Wachstum notwendig.

Bei den Politikempfehlungen fallen die Wirtschaftsweisen allerdings – ebenso wie die Institute in ihrem Herbstgutachten – in alte Dogmen zurück. Um die Kosten der Krise zu bewältigen, **sollen ausschließlich die Staatsausgaben gekürzt werden.** Steuererhöhungen werden weitgehend abgelehnt. Dann wären allerdings „drastische Einsparungen bei den staatlichen Ausgaben“ notwendig. Dabei bliebe der Sozialstaat ebenso auf der Strecke wie notwendige Zukunftsinvestitionen.

IG Metall: Krisenlasten gerecht verteilen

Sicherlich verbessert wirtschaftliches Wachstum die Steuereinnahmen. Es war schon immer die Position der IG Metall (die von der Wissenschaft weitgehend gedeckt wird), dass ein Staat aus der Krise nur herauswachsen, sich aber nicht heraussparen kann. Auch war es richtig, zur Ankurbelung der Konjunktur die Defizite stark ansteigen zu lassen. Angesichts der großen Krisenlasten und der Notwendigkeit, die öffentlichen Investitionen kräftig auszuweiten, brauchen wir aber mittelfristig eine solide Finanzierung.

Einsparungen bei öffentlichen Leistungen treffen nur Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitslose. **Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnt die IG Metall strikt ab.** Sie belastet vor allem geringe Einkommen und schwächt den privaten Konsum deutlich.

Aber **es gibt Alternativen:** ein höherer Spitzensteuersatz, eine Vermögensteuer, eine Erbschaftsteuer mit deutlichem höherem Aufkommen, höhere Unternehmensteuern und die Besteuerung von Finanztransaktionen.

Damit würde ein handlungsfähiger Staat erhalten, die Konjunktur würde nicht negativ beeinflusst und es bliebe sogar Spielraum, untere Einkommen steuerlich zu entlasten.